

Lügenreich

Wohnen ist ein Grundrecht. Eigentlich. In Düsseldorf geht es aber weiterhin nur um Investorengewinne. DIE LINKE protestiert. **S.3**

Freie Fahrt

Aber weiterhin nur für AutofahrerInnen. DIE LINKE fordert für den Anfang einen autofreien Sonntag. Damit sich endlich etwas ändert. **S.4**

Alle sollen bleiben

Trotz eines Ratsbeschlusses werden weiterhin Menschen Nachts aus den Betten geholt und abgeschoben. Unmenschlich sagt DIE LINKE. **S.5**

Kinderglück

Damit soll es auf dem Kinderbauernhof vorbei sein. DIE LINKE stellt einen Antrag gegen den Verkauf an einen Investor. **S.7**

Schluss. Aus. Ende!



Foto: Hubertus Zdebel/ Linke im Bundestag

Belgische Schrott-AKW's abschalten!

Bei einem atomaren Störfall wäre auch Düsseldorf betroffen

Die beiden belgischen Atomkraftwerke (AKW) in Doel und Tihange stehen seit langem immer wieder öffentlich in der Kritik und die Forderungen nach Abschaltung werden immer lauter. Auch in Düsseldorf macht die Ratsfraktion DIE LINKE die atomare Bedrohung durch die belgischen AKW's zum Thema. Im Stadtrat wurde eine gemeinsame Resolution aller Fraktionen verabschiedet, in der sich für die Abschaltung der AKW's ausgesprochen wurde.

Seit Monaten werden die AKW's in Doel und Tihange wegen unterschiedlicher Störfälle immer wieder kurzzeitig abgeschaltet. Es wurden wiederholt Zwischenfälle an den Reaktoren gemeldet. Berichte über Pannen, wie Brände, Wasserlecks, explodierende Transformatoren oder tausende Risse in Reaktorendruckbehältern, nehmen nicht ab.

Trotz zahlreicher Bedenken wurde die Laufzeit beider AKW's bis 2025 verlängert. Dies war allerdings nur möglich durch eine erhebliche Veränderung der ursprünglichen Genehmigung. So wurden bspw. die eigentlich vorgesehene Beteiligung von Nachbarstaaten und eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung übergangen. Dagegen legt

die NRW-Regierung gemeinsam mit Rheinland-Pfalz bei der Europäischen Kommission und den Vereinten Nationen nun Beschwerde ein. Kritisiert wird von Aktiven, dass sich das Land schon viel früher hätte einschalten müssen.

Im Falle eines schweren Atomunfalls wären weite Teile von NRW durch radioaktiven Niederschlag betroffen, was enorme, langfristige Folgen mit sich ziehen würde. Die Stadt Aachen liegt mit 70km im betroffenen Bereich, bei einem atomaren Störfall müssten sofort alle Katastrophenschutzmaßnahmen greifen. Die Städteregion Aachen zieht gegen das belgische AKW Tihange nun vor das höchste belgische Verwaltungsgericht. Es soll gegen die Wiederaufnahme des Betriebs von Tihange 2 geklagt werden. Kommunen aus NRW, Rheinlandpfalz und den Niederlanden unterstützen diese Klage. Auch das Land NRW ist dieser Klage inzwischen beigetreten. Die Umweltorganisation Greenpeace klagt bereits gegen die Laufzeitverlängerung von Tihange 1.

Auch die Düsseldorfer BewohnerInnen wären im Ernstfall betroffen: Düsseldorf liegt im Bereich der Fernzone (ab 100 km Entfernung), das AKW Tihange ist nur 130km Luftlinie von Düsseldorf entfernt.

Die radioaktive Luftverschmutzung würde über Westwinde bis nach Düsseldorf getragen werden, was erhebliche Folgen für die BewohnerInnen bedeuten würde. Aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Umweltausschuss ging hervor, dass in Düsseldorf das Krisenmanagement in Abstimmung mit dem Land folgende Maßnahme im Ernstfall ergreifen würde: Evakuierungsmaßnahmen sowie die Ausgabe von Jodtabletten an Schwangere und Personen unter 18 Jahre. Jodtabletten sind im Ernstfall absolut unzureichend und gaukeln den BewohnerInnen nur Sicherheit vor. Defacto gibt es jedoch keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen, die getroffen werden können. Die einzige richtige Konsequenz kann nur sein, AKW's abzuschalten.

Mit der gemeinsamen Resolution im Stadtrat erklärten alle Fraktionen, sich für die Stilllegung der AKW's Tihange und Doel einzusetzen. Außerdem wird nun geprüft, wie ein Beitritt zur Klage der Städteregion Aachen umgesetzt werden kann. Auch die Bundesregierung wird zum Handeln aufgefordert – bisher schweigt sie zum Thema. Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt die Initiative des Stadtrates und wird diese weiter verfolgen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei den diesjährigen Tarifverhandlungen hat ver.di eine Erhöhung von 6 % gefordert. Die öffentlichen Arbeitgeber haben ein Gegenangebot von 0,6 % für 2016 und 1,2 % für 2017 gemacht. Zu Recht bezeichnet ver.di das Angebot „dreist und provokativ“, da die öffentlichen Kassen einen Überschuss von 30 Milliarden Euro aufweisen.

Allerdings wurde der Überschuss in erster Linie auf Bundes- und auf Landesebene erzielt. Insbesondere die Kommunen weisen darauf hin, dass ein höherer Abschluss sie noch weiter in die Verschuldung treibt.

Doch wie ist es zu dieser Verschuldung gekommen? Per Gesetz haben Bund und Länder den Gemeinden immer mehr Aufgaben auferlegt ohne für eine entsprechende finanzielle Entschädigung dieser zusätzlichen Leistungen zu sorgen. Deshalb konnten viele notwendige Investitionen der Gemeinden angesichts der leeren Kassen nicht getätigt werden. Das betrifft Schulen, öffentliche Gebäude, Straßen aber auch Personal. Die Überschüsse auf Bundes- und Landesebene wurden letztendlich auf dem Rücken der Bevölkerung erzielt.

Bei einem Gesamtüberschuss von 30 Milliarden Euro muss damit Schluss sein.

Wir fordern, dass Bund und Land den Kommunen genügend Geld zur Verfügung stellt, um notwendige Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen. Dazu gehört auch genügend Personal, das angemessen entlohnt wird.
Ihre Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 899-5123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

35.018 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,8%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im März 2016 bei 26.011 (offizielle Arbeitslosenquote 8,1 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.018 um 9.007 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Gesamtschulen: 200 Plätze fehlen

„Alle Kinder erhalten – außer an der Gesamtschule – im Schuljahr 2016/17 einen Platz an einer Schule der gewünschten Schulform“, so heißt es in einer aktuellen Vorlage der Stadtverwaltung im Schulausschuss. Auch unter der Ampel-Koalition wird somit weiterhin eine große Anzahl Kinder an den Düsseldorfer Gesamtschulen abgelehnt. Über 200 SchülerInnen können in diesem Jahr nicht aufgenommen werden, da nicht ausreichend Plätze vorhanden sind. Sie können somit ihre bevorzugte Schulform nicht besuchen. DIE LINKE fordert daher wie auch die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“, dass die Gründung weiterer Gesamtschulen dringend, entsprechend der großen Nachfrage, vorangetrieben werden muss. Wir werden bei dem Thema weiter Druck machen.

Schuldenfreiheitsuhr

Wie lange tickt sie noch?



Von Anfang an eine Lüge

Foto: (CC BY-NC-ND 2.0) Tamio Honma/flickr

Ist Düsseldorf schuldenfrei oder nicht? Mit dieser Frage beschäftigen wir uns bereits seit 2007, als der damalige CDU-Oberbürgermeister Joachim Erwin die Stadt für schuldenfrei erklärte.

Fakt ist jedoch, dass auch damals die Stadt Kredite aufgenommen hatte, die bis heute noch nicht komplett zurückgezahlt worden sind. Um die angebliche Schuldenfreiheit zu legitimieren wurden zwei Kunstgriffe bemüht. Zum einen wurde der Begriff der wirtschaftlichen Schuldenfreiheit benutzt, den es in der Realität gar nicht gibt. Er bedeutet, dass das Vermögen der Stadt die Schulden übersteigt. Aber Kredite bleiben

Kredite und Schulden bleiben Schulden.

Zum zweiten hat sich die Stadt immer wieder Geld bei ihren Tochtergesellschaften geliehen. Aber auch diese Zeiten sind vorbei, denn die Töchter haben selbst kein Geld mehr. Deshalb muss die Stadt sich Geld von Banken leihen. Noch vor kurzem hat der jetzige Oberbürgermeister festgestellt, dass die Stadt und ihre Tochtergesellschaften insgesamt ca. 1 Milliarde Euro an Schulden haben.

CDU, FDP und sogar die Grünen tragen die Schuldenfreiheit wie eine Monstranz vor sich her und wollen etwas erhalten was es nie gegeben hat.

Symbol der Schuldenfreiheit ist die sogenannte Schuldenfreiheitsuhr, die am Rathaus hängt und die Jahre, Stunden und Minuten zählt, seitdem die Schuldenfreiheit verkündet wurde.

DIE LINKE hat jetzt beantragt, dass die Uhr abgeschaltet wird, denn spätestens seit den letzten Kreditaufnahmen ist bewiesen, dass sie jeglicher Realität entbehrt.

Nachdem der Oberbürgermeister im Wahlkampf vor zwei Jahren erklärt hat, seine erste Amtshandlung wird sein, die Uhr abzuschalten, hat er kürzlich verkündet, dass sie nicht abgeschaltet wird, da die Stadt noch nie schuldenfrei war.

Die Logik, die dahinter steht, erschließt sich wohl nur dem Oberbürgermeister. Seine Haltung ist nur dadurch zu erklären, dass die FDP schon mehrmals gedroht hat, die Ampel-Koalition zu verlassen, wenn die Schuldenfreiheit nicht eingehalten wird. Also tun sie so als ob, damit die FDP dabei bleibt. Lieber die Öffentlichkeit verschaukeln als die Macht zu verlieren.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Elfriede-Bial-Straße

Der Rheinblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial-, Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion DIE LINKE, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Es gibt manchmal auch positive Beispiele in Düsseldorf.

Die Elfriede-Bial-Straße in Derendorf

Die Bezirksvertretung 1 beschloss im Neubaugebiet nördlich der neuen Fachhochschule in Derendorf eine Straße nach Elfriede Bial zu benennen. Die Bezirksvertretung nahm damit einen Vorschlag des verstorbenen LINKEN Politikers Frank Werkmeister auf.

Elfriede Bial wurde am 13. Oktober 1886 in Hirschberg/Schlesien (heute Jelenia Góra/Polen) geboren. Sie absolvierte nach ihrer Schulzeit eine Ausbildung zur Krankenschwester und wurde am 1. April 1909 als Gemeindefrankenschwester für die Synagogengemeinde Düsseldorf eingestellt. Während des Ersten Weltkriegs leistete sie ihren Dienst an der Front als Krankenschwester.

In der NS-Zeit war sie für viele jüdische Gemeindeglieder ein Anlaufpunkt, wenn es um allgemeine (seelische) Sorgen oder um medizinische Versorgung im Vorfeld einer Ausreise ging. Von ih-

rem Büro an der Kopernikusstraße 56 unterstützte sie die jüdische Gemeinde. Insbesondere nach der Pogromnacht 1938 und den dann folgenden Kindertransporten nach Großbritannien war sie für viele eine unschätzbare Hilfe. Bekannt war sie allgemein als Schwester Ella. Viele Kinder und Jugendliche begleitete sie zum Bahnhof und verabschiedete sie dort zu den Zügen in Richtung Niederlande. Für diese Kinder und Jugendlichen waren diese sogenannten Kindertransporte die Rettung vor dem Holocaust.

Anfang 1941 musste sich Elfriede Bial einer schweren Operation unterziehen. Anfang Oktober 1941 wurde sie darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie zur jüdischen „Transportleitung“ des Zuges ins Ghetto von Litzmannstadt (Lodz) am 27. Oktober 1941 gehöre. 171 jüdische MitbürgerInnen aus dem Stadtgebiet Düsseldorf sowie mehre-

re Hundert aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf mussten sich am Abend des 26. Oktober 1941 im Schlachthof an der Rather Straße einfinden. Am Morgen des 27. Oktobers wurden die insgesamt 1008 Menschen dann unter Bewachung der Düsseldorfer Polizei und unter den Augen der Düsseldorfer Bevölkerung zum Derendorfer Güterbahnhof getrieben, von wo aus der Deportationszug gen Osten fuhr.

Seit dem 1. Dezember 1941 arbeitete sie im Ghetto Litzmannstadt (Lodz) als Krankenschwester im Greisenheim II in der Gnesener Straße. Als das Greisenheim nach dem brutalen Abtransport und Ermordung seiner BewohnerInnen im September 1942 aufgelöst wurde, verlor sie ihre Arbeitsstelle. Ella Bial wurde im Zuge der Auflösung des Ghettos im August 1944 ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert und dort vermutlich sofort ermordet.



Elfriede „Ella“ Bial

Foto: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Handlungskonzept Wohnen

Ein Programm für Investoren

Seit drei Jahren gibt es für Düsseldorf ein „Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt“. Von der Stadtverwaltung wurde dieses Konzept überarbeitet. Die neue Fassung wurde im April in den städtischen Gremien und im Rat diskutiert und verabschiedet.

Ein wesentlicher Punkt im bisherigen Handlungskonzept war die sogenannte Quotierung. In jedem Neubauprojekt mit mehr als 100 Wohnungen sollten 20 % geförderte Wohnungen (Sozialwohnungen) und 20 % sogenannte preisgedämpfte Wohnungen gebaut werden. Diese Quote ist geändert worden. In Zukunft sollen jeweils 20 – 30 % geförderte und 10 – 20 % preisgedämpfte Wohnungen entstehen. Die Gesamtquote soll 40 % ergeben. Wie die Quotierung aussehen soll, bleibt jeweils dem Investor überlassen.

Wenn die Anzahl von geförderten Wohnungen, aus welchen Gründen auch immer, nicht zu erreichen war, gab es bisher die Möglichkeit Kompensationen zu fordern. Zum Beispiel den erforderlichen geförderten Wohnungsbau an anderer Stelle zu errichten oder dass der Investor sogenannte Belegungsrechte ankauft. Da bisher diese Möglichkeiten nicht in Anspruch genommen wurden,



Investorenträume

Foto: (CC BY-NC 2.0) flickr/Hans Drexler

sind sie im neuen Konzept rausgenommen worden. Der preisgedämpfte Wohnungsbau war bisher mit Nettokaltmieten von 8,50 €/m² festgelegt worden. In der Überarbeitung werden 9,60 €/m² festgelegt. Allerdings werden sie auf Grundlage des Baupreisindex in regelmäßigen Abständen neu ermittelt. Bei 9,60 €/m² Nettokaltmiete ergeben sich Gesamtmieten von über 14 €/m².

„8,50 €/m² Nettokaltmiete im preisgedämpften Segment seien zu nah an der Miete der Einkommensgruppe B des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, bei dem die Förderkonditionen für eine ausreichende Rendite sorgen.“ So stellt die Verwaltung die Meinung

der Wohnungsunternehmen dar und rechtfertigt die Festsetzung von 9,60 €/m². Wenn schon die Wohnungsunternehmen feststellen, dass der geförderte Wohnungsbau für ausreichende Renditen sorgt, stellt sich die Frage, warum nicht mehr geförderte Wohnungen gefordert werden.

DIE LINKE hat schon vor drei Jahren das Handlungskonzept abgelehnt, weil zu wenig für die Entwicklung von preiswerten Wohnungen getan wird. Mit der Überarbeitung wird wieder nachgewiesen, dass auf die Interessen der Investoren Rücksicht genommen wird, aber nicht auf die Interessen der Mieterinnen und Mieter.

Wohnungen für 1.000 Menschen

Die Stadt soll bauen

Kommunaler Wohnungsbau bedeutet, dass die Stadt selbst Wohnungen baut und vermietet.

Um die Wohnungen günstig vermieten zu können, braucht die Stadt eigene Grundstücke, eine eigene Wohnungsgesellschaft und entsprechende politische Beschlüsse, dass die Wohnungen dazu dienen sollen, die Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen.

Die eigenen Grundstücke sind vorhanden, auch wenn es immer weniger gibt, weil die Stadt meint, sie müsse den Haushalt damit aufbessern. Eine eigene Wohnungsgesellschaft ist auch vorhanden: die SWD (Städtische Wohnungs-

gesellschaft Düsseldorf). Politische Beschlüsse könnten gefasst werden, wenn eine Mehrheit sich dafür entscheidet. Bisher war das leider nicht der Fall. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf hat zu jeder Haushaltsberatung der vergangenen Jahre entsprechende Anträge gestellt, die von allen anderen Fraktionen in schöner Regelmäßigkeit abgelehnt wurden.

Für kommunalen Wohnungsbau sprechen zwei Dinge:

In Düsseldorf bestimmt die Nachfrage den Mietpreis. Da es nicht genügend preiswerte Wohnungen gibt, steigen die Mieten in diesem Segment kontinuierlich an. Wenn die Stadt günstige Wohnungen in großem Umfang anbieten würde, müssten auch andere günstige Mieten anbieten, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Wohnungsbau finanziert sich durch die Mieteinnahmen selbst, im Gegensatz zu den Tunnelbauwerken, die für die Wehrhahn-

linie und den Kö-Bogen gebaut wurden. Mit den Steuermitteln in Höhe von rund 1 Milliarde Euro, die für diese beiden Projekte verbuddelt wurden, hätte man rund 10.000 Wohnungen bauen können.

Die CDU, die bisher am vehementesten gegen kommunalen Wohnungsbau gestimmt hat, hat nun im Rahmen der Diskussion um Unterkünfte für Geflüchtete gefordert, dass die Verwaltung zusammen mit der SWD dafür sorgen soll, dass für 1.000 Menschen preiswerte Wohnungen bereit gestellt werden, die sowohl für die Unterbringung von Geflüchteten als auch für eine anderweitige Wohnnutzung geeignet sind.

In der langen Geschichte des Düsseldorfer Rates ist es das erste Mal, dass die CDU kommunalen Wohnungsbau fordert und sich den Argumenten der LINKEN anschließt.

Deshalb haben wir diese CDU-Initiative zum Anlass genommen, die Forderung als Antrag zur Ratssitzung am 28. April 2016 einzubringen. Wir rechnen mit einer mehrheitlichen Unterstützung durch die anderen Fraktionen. Damit der CDU keine Gelegenheit gegeben wird, sich von unserem Antrag zu distanzieren, haben wir den ursprünglichen Antrag der CDU wortwörtlich übernommen.

AfD in städtischen Gebäuden

In Düsseldorf ist die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) nicht besonders erfolgreich. Im Gegenteil – es formiert sich breiter Protest, egal wo die AfD in Erscheinung tritt. So beispielsweise Mitte Februar, als die Europa-Fraktion der AfD sich in einer Halle der Düsseldorfer Messe versammelte. Das Messeunternehmen ist eine Tochter der Stadt Düsseldorf. Eine Vermietung hätte also verhindert werden können, um den RassistInnen keinen Raum für ihre menschenverachtenden Positionen zu geben. Da die Stadtverwaltung nicht tätig wurde, übernahm die Düsseldorfer Bevölkerung und protestierte gegen die Veranstaltung. Anfang März richtete die AfD ihren Kreisparteitag in einem städtischen Gebäude des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus. Es formierte sich auch dieses Mal breiter Protest. In Berufung auf die antifaschistische Tradition der Scholl-Geschwister wurde unter anderem gefordert, dass die Stadt der AfD die Gebäudenutzung entziehen solle. Die Stadt wurde frühzeitig informiert, unternahm aber auch hier nichts und genehmigte die Nutzung der Schule.

Eintrittsfreier Tag in städtischen Museen

In anderen Städten und Ländern ist es vollkommen normal: ein wöchentlicher eintrittsfreier Tag in den städtischen Museen und Kultureinrichtungen. Kultur sollte für Jede und Jeden möglich sein, unabhängig vom Geldbeutel. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen sind Eintrittspreise – selbst mit Ermäßigung – jedoch oft eine Hürde. Diese Hürde muss aus Sicht der LINKEN abgebaut werden, damit alle Menschen an Kunst und Kultur teilhaben können. Daher beantragten wir im Düsseldorfer Kulturausschuss die Einführung eines wöchentlichen eintrittsfreien Tages in den städtischen Museen und Kultureinrichtungen. CDU, FDP, SPD und Grüne wollten diesem Antrag nicht zustimmen. Er führte jedoch zumindest dazu, dass die Stadt nun prüft, welche Kosten ein solcher Tag aufgrund wegfallender Eintrittsgelder hervorrufen würde. Sobald das Ergebnis der Prüfung vorliegt, werden wir das Thema wieder in den Kulturausschuss einbringen.



Hausbesetzung als Alternative

Foto: (CC 2.0) flickr/Montecruz Foto

Versicherungsamt vor Schließung?

Im März geisterte durch die Düsseldorfer Medienlandschaft die Meldung, dass das städtische Versicherungsamt geschlossen werden solle. Diese Meldung hat DIE LINKE Ratsfraktion zum Anlass genommen, im Personalausschuss nachzufragen. Denn das Angebot des Versicherungsamtes ist gesetzlich verpflichtend. Hier wird in Fragen der Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung beraten. Weiterhin können Rentenanträge (aber auch Anträge auf Kontenklärung, Rentenauskunft, Anerkennung der Kindererziehungszeiten, Heilverfahren, freiwillige Versicherung, Versorgungsausgleich usw.) gestellt werden. Die Inanspruchnahme des Versicherungsamtes in Angelegenheiten der Sozialversicherung ist kostenlos und kann von allen EinwohnerInnen in Anspruch genommen werden. Für Zwecke der Sozialversicherung werden gebührenfrei Fotokopien, Abschriften und Unterschriften bestätigt. Zwischen 2011 und 2015 haben ca. 25.400 Menschen das Versicherungsamt aufgesucht. Im Rahmen der Überlegungen zu Personaleinsparungen ist auch dieses Amt ins Visier geraten. Allerdings gibt es nach Auskunft der Verwaltung noch keine abschließende Entscheidung.

Notunterkünfte für Obdachlose fehlen

In Düsseldorf gibt es zu wenige Notunterkünfte, weil die Stadt in der Vergangenheit hunderte Unterbringungsplätze für Obdachlose abgebaut hat. Aus einer Anfrage der LINKEN im Sozialausschuss geht hervor, dass zudem die Zahl der in den städtischen Notunterkünften untergebrachten Menschen steigt: Vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2015 ist sie von 730 auf 808 gestiegen. Von den 808 Personen waren 124 minderjährig, 32 Prozent waren weiblich und 68 Prozent männlich. Die gesunkene Zahl der Unterbringungsplätze auf der einen Seite und die steigende Zahl der Obdachlosen auf der anderen führen dazu, dass Düsseldorf bei der Unterbringung zunehmend ein Problem hat. Inzwischen müssen Obdachlose auch in Hotels untergebracht werden, weil die Übernachtungsmöglichkeiten in den Notschlafstellen nicht mehr ausreichen.

Die Straße gehört allen!

Verkehrskongress zum fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr



Großes Interesse am fahrscheinlosen ÖPNV

Foto: Rheinblick

Während die Stadt Düsseldorf das millionenteure Prestigeprojekt Wehrhahnlinie einweihte, kamen am 20. Februar im ZAKK über sechzig Personen zusammen und diskutierten einen Samstag lang über verkehrspolitische Alternativen und eine ökologische und soziale Verkehrspolitik für Düsseldorf. Das Konzept des fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) schien den TeilnehmerInnen dabei als eine Möglichkeit, unterschiedliche Ideen und Forderungen miteinander zu verbinden. Denn fahrscheinloser ÖPNV bedeutet mehr als nur die kostenlose bzw. fahrscheinfreie Nutzung von Bus und Bahn – dahinter steht ein Konzept, was Umverteilung und ökologische Aspekte mitdenkt: Auf der Konferenz, die unter dem Titel

„Wem gehört die Stadt? – Fahrscheinlos durch Düsseldorf“ stattfand, sprachen ReferentInnen aus verschiedenen Städten, die unterschiedliche Impulse und Eindrücke setzten. So hielt der Verkehrsexperte Prof. Heiner Monheim einen mitreißenden Vortrag, in dem er sich für ein umlagefinanziertes Bürgerticket und eine soziale Verkehrswende aussprach. ReferentInnen von der LINKEN aus Erfurt und Köln berichteten über eigene Erfahrungen in der kommunalen Verkehrspolitik. In beiden Städten gibt es bereits Ansätze, das Konzept des fahrscheinlosen ÖPNV umzusetzen.

In Arbeitsgruppen am Nachmittag wurden die Themen dann vertieft. Die Arbeitsgruppe zu Radverkehr leitete Lirke Tyra, Mitglied im ADFC Vor-

stand. Hier wurde ausführlich über die schlechte Infrastruktur für FahrradfahrerInnen in Düsseldorf geredet und über Verbesserungen und Alternativen für einen gerechten Fahrradverkehr beraten.

In weiteren Arbeitsgruppen diskutierten die TeilnehmerInnen über Finanzierungskonzepte für den fahrscheinlosen ÖPNV, über Zwischenschritte und Beteiligung von BewohnerInnen sowie über allgemeine Stadtentwicklungsprozesse, die zu fahrscheinlosen ÖPNV führen könnten und berücksichtigt werden müssten. Auf einem gemeinsamen Abschlussplenum wurden Diskussionen und Ergebnisse zusammen getragen und gemeinsame Verabredungen getroffen. Der Kongress soll als Startschuss begriffen werden, das Konzept des fahrscheinlosen ÖPNV in Düsseldorf zu etablieren. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird sich in den nächsten Monaten und Jahren kontinuierlich mit diesem Thema beschäftigen – wir laden alle interessierten Einzelpersonen, Initiativen und Organisationen ein, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Nur gemeinsam können wir in Düsseldorf eine Alternative für eine sozial- und ökologisch gerechte Verkehrspolitik stark machen.

Auf der Kongresshomepage sind Eindrücke von der Konferenz sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu finden: www.wemgehörtdiestadt.de

Den Asphalt erobern

Für die Einführung eines autofreien Sonntags in der Innenstadt

Einmal die Innenstadt ohne Autolärm und Auspuffgestank, dafür verkehrsberuhigt – fahrrad- und fußgängerfreundlich – erleben? Dieser Wunsch ist leider in weite Ferne gerückt. Im Verkehrsausschuss stellte die Ratsfraktion DIE LINKE den Antrag, einen autofreien Sonntag in Düsseldorf einzuführen und konkretisierte diesen Vorschlag sogar: Am Sonntag, den 24. April, findet in Düsseldorf der Marathon statt, an diesem Tag sind ohnehin 42 Kilometer in der Stadt für den Autoverkehr gesperrt. Eine günstige Gelegenheit also, einen sportlichen Event mit einem ökologischen Aspekt zu verbinden. Der Antrag wurde im Verkehrsausschuss von allen Parteien abgelehnt. Auch die Grünen, die sich gerne als ökologische und fahrradfreundliche Partei geben, sprachen sich gegen den Vorschlag aus.

Vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) Düsseldorf wurde der Vorschlag jedoch aufgegriffen. Im Ausschuss für Anregung und Beschwerde will der ADFC nun fordern, dass die Stadtverwaltung ein Konzept vorlegt, wie noch im Jahr 2016 ein autofreier

Sonntag durchgeführt werden kann. Vereine und Initiativen sollen konzeptionell mit eingebunden werden. Als positives Beispiel führt der ADFC die Stadt Paris an, wo es letztes Jahr bereits einen erfolgreichen autofreien Sonntag gab und weitere geplant sind. „Ein autofreier Sonntag hat Signalwirkung. Er kann den Düsseldorfferinnen und Düsseldorffern einen Eindruck davon vermitteln,

wie menschenfreundlich und entspannt eine Innenstadt ohne Autoverkehr sein kann“, so Lirke Tyra, Mitglied im Vorstand des ADFC. Die Ratsfraktion DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiative und wird sich auch weiterhin für eine umweltfreundliche und soziale Verkehrspolitik einsetzen. Bisher stehen wir damit auf parlamentarischer Ebene offensichtlich recht alleine.



Auch sie fordern: Autofreier Sonntag

Foto: (CC BY-SA 3.0) E. M. Sánchez

Gute Nacht Düsseldorf

Weiterhin Nachtabschiebungen

Auf Initiative der LINKEN verabschiedete der Stadtrat am 25. Juni 2015 mit großer Mehrheit einen Antrag, demzufolge unangekündigte Abschiebungen abgelehnt und Nachtabschiebungen vermieden werden sollen.

Die auf Bundesebene durch CDU und SPD radikale Verschärfung des Asylrechts führt dazu, dass die Abschiebezahlen steigen. So ist auch weiterhin zu befürchten, dass die kommunale Ausländerbehörde sich nicht an den Ratsbeschluss hält. Deshalb stellte DIE LINKE Ratsfraktion zur Sitzung des Rates am 11. Februar 2016 eine Anfrage, die eine Antwort auf die aktuelle Abschiebep Praxis zur Nachtzeit in Düsseldorf geben sollte.

Ein kurzer Exkurs zur Gestaltung von Nachtabschiebungen: MitarbeiterInnen der kommunalen Ausländerbehörde suchen zur Nachtzeit die Unterkünfte von Einzelpersonen oder ganzen Familien auf. Dann werden die Betroffenen

darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie in einem knapp bemessenen zeitlichen Rahmen das Nötigste zusammenpacken sollen. Im Anschluss daran bringen die MitarbeiterInnen der kommunalen Ausländerbehörde die Betroffenen, die in den meisten Fällen von den Erlebnissen in ihren Herkunftsländern, ihrer Flucht und der Angst vor Abschiebung traumatisiert sind, zum Flughafen. Je nach Abschiebegrund wird entweder gemäß des Dublin-Verfahrens in einen anderen EU-Staat oder in das Heimatland abgeschoben. Bereits seit längerem kritisieren Organisationen wie Stay Abschiebungen im Allgemeinen und protestieren gegen Nachtabschiebungen im Besonderen. Andere Städte in NRW haben schon längst Nachtabschiebungen eingestellt, denn das Land NRW schreibt solche nicht vor. So ist die Düsseldorfer Ausländerbehörde verantwortlich für die Durchsetzung der Abschiebung und den Zeitpunkt der Abholung.

Aus der Antwort auf unsere Anfrage geht hervor, dass seit dem Ratsbeschluss vom 25. Juni 2015 acht Personen unter der Führung des Düsseldorfer Ausländeramtes, darunter ein Kind unter 14 Jahren, unangekündigt abgeschoben wurden. Begründet wurden diese Abschiebungen unter anderem damit, dass in fünf Fällen ein angekündigter Suizidversuch vorlag. Es ging darum, „(...) eine Gefährdung der Betroffenen in diesem Zeitraum unbedingt zu vermeiden“.

In drei weiteren Fällen bestand angeblich Fluchtgefahr. Es wurde daher festgestellt, dass es ein milderes Mittel darstelle, die Betroffenen ohne Ankündigung abzuschicken bevor eine Maßnahme der Freiheitsentziehung durchgeführt würde. Weiterhin ergab sich aus der Antwort, dass innerhalb des gesetzlich als Nachtzeit definierten Zeitraumes eine volljährige Person abgeschoben wurde. Bei Bedarf wird es auch weiterhin Nachtabschiebungen geben. Ansonsten wird erst nach 6:00 Uhr morgens abgeschoben.

Im Widerspruch zum Ratsbeschluss werden seit dem 01.01.2016 aufgrund der neuen Asyl-Gesetzgebung des Bundes alle Abschiebungen unangekündigt durchgeführt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Umgang mit AsylbewerberInnen und Flüchtlingen sich nicht an möglichen Abschiebungen, sondern am möglichen Bleiberecht orientieren soll. Wir fordern: Was am Tage beschlossen wurde, soll auch in der Nacht gelten.



Kein Mensch ist illegal

Foto: © (CC BY-NC 2.0) flickt/Leif Hinrichsen

Öffentlichkeit herstellen

Mehr Transparenz bei städtischen Unternehmen

Die Stadt Düsseldorf unterhält eine Vielzahl städtischer Tochterunternehmen wie Messe, Bädergesellschaft oder Zukunftswerkstatt. Die Bedeutung dieser Beteiligungen wird oft unterschätzt, ihr Umsatz ist dabei sogar höher als der Finanzhaushalt der Stadt selbst.

Die große Bedeutung der Tochterunternehmen spiegelt sich jedoch leider nicht in der notwendigen Transparenz wider: geführt werden die städtischen Tochterunternehmen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit, Aufsichtsratssitzungen finden grundsätzlich nicht-öffentlich statt.

Städtische Unternehmen befinden sich im Besitz der Allgemeinheit. Aus Sicht der LINKEN haben die Einwohnerinnen und Einwohner daher auch das Recht zu wissen, was mit ihrem Eigentum geschieht. Zur Verbesserung der Transparenz beantragten wir Ende vergangenen Jahres im Düsseldorfer Stadtrat, dass zukünftig eine Teilung der Aufsichtsratssitzungen in einen öffentli-

chen und einen nicht-öffentlichen Teil erfolgen soll. Nicht-öffentliche Sitzungen sollten hierbei nur in dem Umfang stattfinden, der gesetzlich zwingend erforderlich ist.

Die anderen Parteien wollten diesem Antrag nicht zustimmen und nannten rechtliche Bedenken. Beschlossen wurde daher, dass die Stadt prüfen sollte, ob eine solche Regelung rechtskonform ist. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt nun vor: eine Teilung der Aufsichtsratssitzungen in einen öffentlichen und einen nicht-öffentlichen Teil als Maßnahme zur Transparenzsteigerung ist rechtlich möglich.

Zur nächsten Ratssitzung wird

DIE LINKE daher erneut beantragen, eine solche Regelung einzuführen. Im Sinne einer größtmöglichen Transparenz muss unserer Meinung nach von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden.

Ob der Antrag angenommen wurde und wie möglicherweise eine Umsetzung gestaltet wird, werden wir im nächsten Rheinblick berichten.



Transparenz nicht nur am Flughafen

Foto: © (CC BY 2.0) popitsa/caen

Schönfärberei um Tour-de France Start

Der im Rat und der Bevölkerung heftig umstrittene Tour-Start wird offensichtlich von der Stadtverwaltung jetzt schöngerechnet. In der Ratssitzung am 10. März legte die Stadt dem Rat ihre Budgetplanung vor. Gegenüber der Ratsvorlage vom 5.11.2015 haben sich demnach die Kosten von 11,1 auf 10,3 Millionen verringert, die zusätzlichen Steuereinnahmen sich allerdings von 1,9 auf 2,3 Millionen erhöht. Diese Erhöhung wird mit dem zusätzlichen Start für die zweite Etappe begründet. Der zusätzliche Start senkt die Gesamtkosten und erhöht die Steuereinnahmen, das ist eine seltsame Logik. Völlig rätselhaft ist, wie die Verwaltung auf 2,3 Mill. zusätzliche Steuereinnahmen kommt. Hier geht es fast ausschließlich um Gewerbesteuer. Diese errechnet sich aus dem zusätzlichen Gewinn der Gastronomie und des Hotelgewerbes. Das sollen 57 Mill. werden. Um 2,3 Mill. Gewerbesteuer hieraus zu erzielen ist eine Gewinnspanne von ca. 30% notwendig. DIE LINKE hat im Rat angefragt wie das gehen soll. Hinzu kommt, dass die Gewerbesteuer erst über die folgenden Jahre verteilt spürbar wird.

Vorkaufsrecht nutzen

Bei der Diskussion um bezahlbaren Wohnraum geht es nicht nur um Neubau, sondern auch um die Erhaltung von preiswerten Wohnungen. Viele Mietwohnungen werden mit dem Ziel modernisiert, sie anschließend als Eigentumswohnungen zu verkaufen. Damit werden sie komplett dem Mietwohnungsmarkt entzogen. Um als Kommune dagegen steuern zu können, gibt es nach dem Baugesetzbuch die Möglichkeit, in ausgewiesenen Sanierungs- und Erhaltungsgebieten sich ein Vorkaufsrecht einräumen zu lassen. Auch wenn die Kommune letztlich das Recht nicht ausübt, kann sie verlangen, dass die Mieten preiswert bleiben. Wir haben nachgefragt, wie viele Erhaltungs- bzw. Sanierungsgebiete es in Düsseldorf gibt, in denen Vorkaufsrechte wahrgenommen werden können. Ebenso haben wir gefragt, wie oft von diesem Recht Gebrauch gemacht wurde. Nach Auskunft der Stadt gibt es insgesamt 28 Erhaltungs- und Sanierungsgebiete. Vom Vorkaufsrecht ist noch nie Gebrauch gemacht worden.

OB Geisel kürzt bei ErzieherInnen

Als „Zeichen der Wertschätzung“ und zur Erhöhung der „Attraktivität als Arbeitgeber“ hatte die Stadt Düsseldorf zum 1. Januar 2015 die städtischen ErzieherInnen in eine höhere Entgeltgruppe eingestuft. Leider hält sich die Verwaltung nicht mehr an die zugesagte Höherbewertung, für NeueinsteigerInnen soll sie zukünftig nicht mehr gelten. Wer sich um eine Stelle bewirbt, wird somit zukünftig schlechter als die bereits angestellten KollegInnen bezahlt. Neben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bemängelt auch der Personalrat das Vorgehen der Stadt. Bei der letzten Personalversammlung hatte es massiven Unmut über die Kehrtwende der Stadtspitze gegeben. DIE LINKE beantragt im Düsseldorfer Stadtrat, neu einzustellende ErzieherInnen in die gleichen Entgeltgruppen einzustufen, wie sie für bereits angestellte KollegInnen gelten. SPD-Oberbürgermeister Geisel muss die vorgesehene Kürzung zurücknehmen.

Sozialticket wird immer teurer

Am 1. Januar 2016 wurde der Preis für das „Sozialticket“ auf 31,95 Euro pro Monat erhöht. Am 1. April erfolgte bereits die nächste Erhöhung auf 34,75 Euro. Mittlerweile umfasst der Preis fast 10 Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens von Hartz-IV-Beziehenden. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, ein Sozialticket anzubieten. Der Preis für das Ticket ist allerdings deutlich zu hoch. Für den Großteil der Anspruchsberechtigten ist das Ticket schlichtweg zu teuer. Aufgrund des hohen Preises verwundert es auch nicht, dass es nur schlecht angenommen wird, wie die Antwort auf eine LINKEN-Anfrage im Sozialausschuss zeigt: Im Jahr 2015 wurden in Düsseldorf durchschnittlich nur rund 15.000 Sozialtickets pro Monat verkauft, obwohl 92.000 Personen zum Kauf berechtigt waren. Wir halten aus sozialen und ökologischen Gründen ein Sozialticket zu 10 Euro für gesellschaftlich geboten. Durch höhere Fahrgastzahlen würde sich das Ticket selbst finanzieren, es werden dauerhaft Neukunden gewonnen und die Zahl der sogenannten SchwarzfahrerInnen sinkt. Das eigentliche Ziel ist für uns der fahrscheinlose öffentliche Nahverkehr für alle.

Stadt plant 20% Personal zu streichen

Bereits jetzt sind ca. 1000 Stellen nicht besetzt

Im Herbst 2015 erteilte Oberbürgermeister Geisel den Amtsleitern den Auftrag, zu untersuchen, wie die Stadt in Zukunft mit 20% weniger Personal ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Der Grund für diesen Auftrag war die Erkenntnis, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt immer älter werden und dementsprechend bis 2020 ca. 20 Prozent aus Altersgründen in den Ruhestand gehen.

Dass MitarbeiterInnen aus Altersgründen ausscheiden, ist keine neue Erkenntnis. Üblicherweise plant man dies ein und sorgt durch stärkere eigene Ausbildung und durch Neueinstellungen für Ersatz. Bei einer realen Arbeitslosenquote von ca. 11% in Düsseldorf sollte dies möglich sein. Anders sieht dies der OB. Er stellt fest, dass es in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt keine qualifizierten Arbeitskräfte gibt und so müsse die Stadt einen Weg finden, die Arbeit der Ausscheidenden auf die Verbleibenden zu verteilen.

20% weniger MitarbeiterInnen bedeutet ca. 80 bis 90 Mill. weniger Personalkosten im Jahr für die Stadt. Wer die Diskussion um die finanzielle Situation der Stadt in den vergangenen Monaten verfolgt hat, kommt nicht umhin, da einen Zusammenhang zu sehen.

Nach § 75 des Personalvertretungsgesetzes ist dem Personalrat die Personalplanung vorzulegen und er ist anzuhören. Dies geschieht Jahr für Jahr und ebenso wird jedes Jahr der Personalplan von der Stadt nicht ein-

gehalten. Seit Jahren sind etwa 1000 Stellen nicht besetzt, obwohl der Personalrat dies immer wieder einfordert und die Ratsfraktion DIE LINKE dies immer wieder in die Haushaltsberatungen ein-

Forderungen wegen Personalmangels sind einige der weiteren Folgen.

In zwei Personalversammlungen hat Oberbürgermeister Geisel versucht, den Personalrat und die MitarbeiterIn-



Er übt schon mal das Warten in Düsseldorfer Ämtern

Foto: © (CC BY 2.0) piqs/argonn

bringt. Es ist nicht nur eine Missachtung der Rechte des Personalrats sondern auch unverantwortlich gegenüber den Beschäftigten und der Bevölkerung.

So steigen Belastungsanzeigen, Stress und Krankheitsquoten der Beschäftigten immer weiter an. Zunehmend hat auch in der Vergangenheit der Service der Stadt für die Bevölkerung gelitten. U.a. sind die Bilder der Schlangen vor dem Straßenverkehrsamt bekannt. Fehlende Kitaplätze, Personalnot im Bauamt oder Verjährung städtischer

nen auf die angebliche Notwendigkeit des Abbaus von 20% des Personals einzustimmen. Es war erfolglos. Im Gegenteil, der Personalrat zeigte überzeugend die tatsächliche personelle Situation in den Ämtern auf. Würde der OB sich mit seinem Plan durchsetzen bedeutet dies, das über 2000 Stellen vom jetzt gültigen Stellenplan nicht besetzt werden. Jeder kann sich ausrechnen, was dies für die MitarbeiterInnen und den Service der Stadt für die EinwohnerInnen bedeuten wird.

Frauen. Flucht. Wege.

Über den Mut, der sich dahinter verbirgt

Über Geflüchtete wird täglich auch in Düsseldorf berichtet. Zahlen dominieren die Berichterstattung: Wie viele Geflüchtete sind in Düsseldorf, wie viele Unterkünfte werden benötigt, welche finanziellen Mittel stehen der Kommune zur Verfügung? Laut Unicef sind weltweit mehr als 50% aller Geflüchteten Frauen und Mädchen. Am 19. März 2016 veranstaltete DIE LINKE. Düsseldorf gemeinsam mit dem Düsseldorfer Aufklärungsdienst DA! und mit der Unterstützung einer Dolmetscherin des Vereins Intermigras, Internatio-

nale Migrantinnen, eine Podiums- und Diskussionsrunde zum internationalen Frauentag. Nach einem Bericht über Erlebnisse in der Flüchtlingshilfe von Corrie Vogtmann, Flüchtlingsrat Düsseldorf e.V., ging es um Frauen, die Flucht erlebt und überlebt haben. Sie standen im Mittelpunkt dieser Veranstaltung. Frauen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters. Als einen Teil ihrer Lebensgeschichte berichteten diese Frauen von ihrem persönlichen Fluchtweg. Argentinien, Syrien, Saudi Arabien, Iran und nach vielen Stationen jetzt Düsseldorf. Eines hatten sie an diesem Tag gemeinsam: Den Mut, das Erlebte vor Publikum in Worte zu fassen und den Willen, mit den BesucherInnen ihre Erfahrungen

zu teilen. Dabei berichteten sie über ihr Leben vor der Flucht, auf der Flucht und nach der Flucht. Und ihr Schicksal bewegte alle Anwesenden zutiefst. Es ging dabei nicht darum, Mitleid zu erregen. Es ging darum, aufzuzeigen, dass diese Frauen, stellvertretend für viele andere, eines wollen: Trotz des erfahrenen Leids ein Teil der Gesellschaft sein, Gegenwart und Zukunft mitgestalten. Trotz ihrer Vergangenheit dem Leben mit Hoffnungen und Erwartungen begegnen. „Wenn ich merke, dass mich die Menschen auf der Straße anlächeln, fühle ich mich zu Hause“. Dieser Satz stammt von einer der Frauen und steht für Alle. Neben zahlreichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zählten auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, Elisabeth Wilfart, sowie Jaques Tilly zu den Besuchern. Unser Dank gilt all denen, die diese Veranstaltung zu dem gemacht haben, was sie war. Insbesondere danken wir den Frauen für ihren Mut. Ihr seid zu Hause.



Mutige Frauen

Foto: Rheinblick/Mbuelo

Gut Niederheid muss bleiben

Kein Verkauf des Kinderbauernhofes an einen Investor

Anfang des Jahres entnahmen wir aus Zeitungsberichten, dass die Stadt Düsseldorf den Verkauf des Kinderbauernhofes an einen privaten Investor in Erwägung ziehe. Als Grund für den Verkauf werden zu hohe Sanierungskosten angeführt, die die Stadt nicht tragen möchte. Der Pächter kritisierte hingegen, dass Sanierungsmaßnahmen immer wieder aufgeschoben wurden, so dass sie nun besonders hoch seien und wehrt sich gegen den Verkauf. DIE LINKE stellte im Stadtrat einen Antrag für den Verbleib des Kinderbauernhofes in städtischer Hand, den alle anderen Parteien ablehnten.

Der Kinderbauernhof in Holthausen bietet Kindern und Jugendlichen schon seit Jahrzehnten Kontakt zu Tier und Natur und ist eine feste Institution im Düsseldorfer Süden. Generationen von Kindern haben dort unbeschwerte Ferienfreizeiten verbracht, Reiten gelernt, Tiere versorgt und neue FreundInnen gefunden. Für Familien ist dieser Ort inmitten von Häuserblocks, Straßen und Beton ein Ort der Erholung. Die MitarbeiterInnen leisten wertvolle pädagogische Arbeit. So wird auf dem Hof Inklusion praktisch gelebt – Kinder mit Behinderung profitieren von der sonderpädagogischen Arbeit auf dem Hof und kommen hier auch außerhalb der Schule mit anderen Kindern zusammen.



Auch sie haben etwas gegen Investoren

Foto: © Rheinblick

Die Entscheidung, den Bauernhof an einen Investor zu verkaufen, wurde über die Köpfe der Politik hinweg entschieden – weder Bezirksvertretung noch Stadtrat wurden über das Vorhaben informiert. Der Verkauf sollte wohl „hinter verschlossenen Türen“ stattfinden. Denn eins ist klar: Mit dem Verkauf an einen Investor wird das Konzept des Kinderbauernhofes ein Ende haben. Investoren investieren, um Profit zu machen. Auch wenn nun alle PolitikerInnen guten Willen bekunden, über Alternativen oder Ortswechsel nachdenken – dies kann nicht die Lösung sein. Der Standort und die jetzige Nutzung des

Geländes müssen erhalten bleiben.

Dies machen auch die BesucherInnen des Gestüts deutlich: eine Petition, die sich für den Erhalt des Kinderbauernhofes und der Reitschule einsetzt, wurde bereits von über 2.200 Personen unterschrieben. Die UnterzeichnerInnen kritisieren ebenfalls, dass Sanierungsmaßnahmen viel zu lange aufgeschoben wurden und betonen die Einzigartigkeit der Einrichtung.

DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Gutshof Niederheid in städtischem Besitz bleibt und der jetzige Pächter die pädagogische Arbeit weiterführen kann.

„Humanität – Respekt – Vielfalt“

Bezirksvertretungen beziehen Position

Nachdem am Rathaus der Stadt, am Bürgerhaus in Garath sowie in der Kongresshalle der Messe während der Tagung der rechten Europafraktion mit dem Transparent „Humanität – Respekt – Vielfalt“ ein Zeichen gesetzt wurde, zogen jetzt die Bezirksvertretungen 07 und 08 nach.

Auf Antrag der LINKEN bekannten sich die Bezirksvertretungen und seitdem hängen zentral in Eller und Gerresheim ebenfalls diese Transparente. Dies ist ein Zeichen für ein unerschütterliches Willkommen für die Geflüchteten, die in Düsseldorf leben und noch kommen werden. Daran ändert auch

nichts, dass insbesondere in Garath, aber auch in Unterrath und Oberbilk, die Rassisten der Republikaner zu Demonstrationen oder Kundgebungen aufrufen. Dort treffen sich dann ein paar Dutzend Rechte, grölen „Wir sind das Volk“ oder „Deutschland den Deutschen“ und verschwinden dann wieder. Dieser lächerliche Haufen kann und wird keine Wirkung auf die vielen DüsseldorferInnen haben, die ehrenamtlich oder durch Spenden die Geflüchteten Willkommen heißen und unterstützen.

Kritischer ist es, wenn sogenannte normale BürgerInnen ihre „Besorgnis“ äußern, es könnte zu viele Geflüchtete

in ihrem Stadtteil geben. Beliebte ist das sogenannte Argument „unsere Immobilien verlieren an Wert durch die Vielzahl der Flüchtlinge“. Damit ist gemeint, dass Menschen mit anderer Religion, Hautfarbe oder Kultur, die vor Krieg und Elend geflüchtet sind, eine Belastung für die „braven Bürger“ darstellen. Wer so argumentiert, bei dem ist der Rassismus angekommen.

Noch kritischer ist es, wenn einzelne Bezirksvertretungen wie in 06 Rath, Unterrath, etc.) und 09 (Benrath, Reisholz, Wersten, etc.) dies aufgreifen, und einstimmig für eine angeblich „gerechte“ Verteilung der Flüchtlinge eintreten. Wenn diese Anträge dann von einer Christlichen Partei eingebracht werden, muss man diesen Kommunalpolitikern sagen: „Menschen in Not zu helfen ist keine Belastung sondern Christenpflicht“. In diesen Stadtteilen fanden Unterschriften-Sammlungen für eine Reduzierung der Anzahl der Flüchtenden statt, mit der Argumentation, dass die vorhandene Infrastruktur unzureichend sei. Wir fordern dagegen, für einen Ausbau der Infrastruktur zu kämpfen.

Minderjährige Soldaten

Die Bundeswehr wirbt seit der Abschaffung der Wehrpflicht verstärkt um Nachwuchs und zeigt große Präsenz in Berufsinformationszentren, Jobcentren und in Arbeitsagenturen. In den letzten Jahren hat die Bundeswehr ihre Werbetätigkeit erheblich ausgebaut. Im Jahr 2014 wurden auf diesen Plattformen 1.000 Vorträge durch Karriereberater durchgeführt. Diese Werbemaßnahmen lohnen sich für die Bundeswehr. So ist es im Jahr 2015 gelungen, rund 1.500 17-Jährige einzustellen. Das bedeutet, dass von 22.000 Bundeswehr-Neuzugängen sieben Prozent minderjährig sind. Diese Strategie wird auch in diesem Jahr fortgeführt: Im ersten Quartal 2016 warb die Bundeswehr in Düsseldorf neben der Job-Messe alleine viermal im Berufsinformationszentrum. Die Einstellung und Ausbildung von freiwilligen Wehrdienstleistenden und SoldatInnen auf Zeit unter 18 Jahren widerspricht der UN-Kinderrechtskonvention. Studien der britischen Armee ergaben, dass insbesondere diese Altersgruppe anfällig für psychische Erkrankungen sei. DIE LINKE lehnt die Vermittlung minderjähriger Jugendlicher an die Bundeswehr grundsätzlich ab. Zur Ratssitzung am 28. April 2016 haben wir beantragt, dass das Jobcenter das Vermitteln von Minderjährigen an die Bundeswehr zu unterlassen hat.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Anita Starosta, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Ben Klar, Kilian Rier

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000



Eller zeigt Flagge

Foto: © Rheinblick

Krieg in der Türkei - Solidarität der Ratsfraktion DIE LINKE

Mittlerweile sehen ganze Städte im kurdischen Teil der Türkei aus wie in Syrien. Hunderte kurdische ZivilistInnen sind vom türkischen Militär umgebracht worden. Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht. Doch in Deutschland regt man sich lieber über den Zwist Erdogan/Böhmermann auf. Die Ratsfraktion DIE LINKE stellte aufgrund des Krieges des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung einen Antrag auf das Einstellen aller repräsentativen Kontakte zum türkischen Konsulat in Düsseldorf, solange die Friedensverhandlungen seitens des türkischen Staates nicht wieder aufgenommen werden. Dass dieser Antrag berechtigt war, zeigte das Verhalten der türkischen Konsulin, die beim Rosenmontagszug die Verhüllung und damit Zensur eines Umzugswagens forderte, der die Kumpanei Ergogans mit dem IS darstellte. Die anderen Fraktionen im Rat stimmten jedoch gegen dieses kleine Zeichen der Solidarität. Ein ähnliches Verhalten ist bei der nächsten Ratssitzung zu erwarten. DIE LINKE stellt einen Antrag, dass sich der Rat solidarisch mit den inhaftierten kurdischen BürgermeisterInnen erklärt und eine Delegation zusammenstellt, um die Inhaftierten zu besuchen. Es ist höchste Zeit, dass auch der Düsseldorfer Stadtrat klar Position bezieht. Die inhaftierten BürgermeisterInnen und Ratsmitglieder in der Türkei brauchen die Solidarität ihrer AmtskollegInnen aus Düsseldorf.

Hafenalarm in Düsseldorfs Süden!

Die Bürgerinitiative kommt zu Wort

In seiner Sitzung am 10. März beschloss der Stadtrat mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der LINKEN die Entwicklungsgesellschaft Hafen Reisholz auf den Weg zu bringen. Die Redaktion des Rheinblicks sprach mit den VertreterInnen Birgit Götz, Volker Götz, Georg Huff und Ulla Wietz von „Hafenalarm – Bürgerinitiative Reisholzer Hafen“:

Rheinblick: Ihre Bürgerinitiative hat sich wiederholt mit offenen Briefen an die Ratsmitglieder gewandt. Wie haben Sie die Ratsentscheidung aufgenommen?

Ulla Wietz: Über das Ergebnis der Ratsabstimmung waren viele Mitglieder empört und enttäuscht, es kam aber nicht unerwartet. Unsere triftigen Argumente wurden nicht gehört. Viele Mitglieder hatten den Eindruck, dass die Meinung der Politiker im Vorfeld feststand. Für uns ist es unbegreiflich, wieso bei knappen Kassen, durch eine verfrühte Gründung der Entwicklungsgesellschaft, unnötig Steuergelder verschwendet werden. Wir fragen uns, wo bleiben Bürgerbeteiligung und Transparenz?

Rheinblick: Ist eigentlich schon festgestellt worden, ob die Unternehmen im Süden Düsseldorfs diesen Containerhafen überhaupt benötigen?

Georg Huff: Ein von den Befürwortern behaupteter Bedarf an einem Containerhafen ist in keiner Weise vorhanden. Die vorgelegte Bedarfsanalyse listet in der Mehrheit tatsächlich nur Logistikunternehmen auf, die natürlich gerne geschäftlich eine neue Transport-schnittstelle nutzen würden. Nicht ein produzierendes Unternehmen im Düsseldorfer Süden hat Bedarf für einen Containerterminal angemeldet.

Rheinblick: Die Befürworter des Containerhafens argumentieren mit

einem Rückgang des Lkw-Verkehrs.

Georg Huff: Es wird genau das Gegenteil der Fall sein. Container müssten sonst woher in und aus dem Hafen gebracht werden. Wir haben rund 1000 Lkw – Bewegungen täglich errechnet, die im Düsseldorfer Süden zusätzlich

im Süden. Die Vorstellung, dass hier Schwerverkehr angezogen werden soll, löst Empörung und Unverständnis aus.

Der Reisholzer Hafen ist quasi umzingelt von geschützten Naturgebieten. Urdenbacher Kämpe, Schlosspark Benrath, Zonser Grind und Jücht sind ge-



Birgit Götz, Volker Götz, Georg Huff und Ulla Wietz (von links) von Hafenalarm Foto: © Rheinblick

anfallen, um einen Containerhafen zu bedienen.

Rheinblick: Wird durch den Containerhafen nicht eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen?

Ulla Wietz: Nein, in einem vollautomatisierten Hafen gibt es kaum Arbeitsplätze. Laut Neuss-Düsseldorfer Häfen (NDH) sollen diese maximal im zweistelligen Bereich liegen. Die Nutzung als Gewerbe- und Industriefläche hingegen, würde ein Vielfaches an Arbeitsplätzen schaffen, wie wir im Vergleich mit in unmittelbarer Nähe befindlichen Firmen im SEGRO-Park herausgefunden haben.

Rheinblick: Welche Auswirkungen wird der geplante Containerhafen auf die Naturschutzgebiete haben?

Birgit Götz: Unzählige Erholungssuchende aus Düsseldorf und von überallher genießen die reizvolle Umgebung

fährdet. Vermehrter Schiffs- und Lkw-Verkehr sind hier Gift.

Rheinblick: Wie wird es mit Ihrer Initiative weitergehen?

Volker Götz: Wir geben nicht auf! Zu unserer Vollversammlung am 2. Mai kommen Vertreter der Bürgerinitiative Köln-Godorf und berichten von ihrem 30-jährigen erfolgreichen Kampf gegen den Ausbau der Sürther Aue zum Containerterminal. Bei der Bundes- und Landesplanung zur Rheinvertiefung wollen wir kräftig Sand ins Getriebe werfen. In den Landtags- und Bundestagswahlkämpfen 2017 werden wir uns einbringen. Und wir bestehen weiter auf Offenlegung des Verkehrsgutachtens durch die NDH!

Rheinblick: Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und bedanken uns für das Gespräch.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein